

Thomas Faist

# Die transnationalisierte soziale Frage: Migration und soziale Ungleichheit

## Zusammenfassung

Die soziale Frage ist zurück. Jedoch geht es bei der sozialen Frage der Gegenwart nicht mehr nur um den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, so wie noch im 19. und 20. Jahrhundert. Die heutige soziale Frage kommt räumlich im Gegensatz von globalem Süden und dem globalen Norden zum Ausdruck. Ein wichtiges Feld ist die Migration bzw. Flucht von Menschen, die ein besseres Leben suchen oder die aus bedrückenden und repressiven politischen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen fliehen. Die soziale Frage ist transnationalisiert, weil Kapital und politische Herrschaft staatliche Grenzen überschreiten, weil Migrant\*innen und ihre Angehörigen grenzüberschreitende Verbindungen zwischen Nationalstaaten in transnationalen sozialen Räumen unterhalten; und weil Migration Auswirkungen auf soziale Ungleichheiten zwischen globalem Süden und globalem Norden und innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten hat. In früheren Zeiten haben Klassenunterschiede politische Konflikte dominiert. Obwohl Klasse schon immer mit einer Vielzahl an anderen Heterogenitäten interagiert, nicht zuletzt von kulturellen Konflikten rund um Ethnizität, Religion und Sprache, sind es diese kulturellen Heterogenitäten, die in den letzten Jahrzehnten für soziale Positionen und Lebensverhältnisse, aber auch für politische Auseinandersetzungen wichtiger geworden sind. Somit skizziert dieser Beitrag grenzübergreifende Migration als ein strategisches Forschungsfeld für die gegenwärtige soziale Frage.

## Schlagwörter

Soziale Frage, soziale Ungleichheiten, Heterogenitäten, Migration, globaler Norden, globaler Süden

---

Prof. Thomas Faist, PhD  
Transnationale Beziehungen, Entwicklungs- und Migrationssoziologie  
Universität Bielefeld

Stand, Herausforderungen und Perspektiven der Migrationsforschung / Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Research 2021 1 (1): 9–33,  
<https://doi.org/10.48439/zmf.v1i1.95>

# The Transnationalized Social Question: Migration and Social Inequalities

## Abstract

The social question is back. Yet, today's social question is not primarily between labor and capital, as it was in the nineteenth century and throughout much of the twentieth. The contemporary social question is located at the interstices between the global South and the global North. It finds its expression in movements of people, seeking a better life or fleeing unsustainable social, political, economic, and ecological conditions. It is transnationalized because migrants and their significant others entertain ties across the borders of national states in transnational social spaces; because of the cross-border diffusion of norms; and because there are implications of migration for social inequalities between North and South, and within national states. In earlier periods, class differences dominated political conflicts, and while class has always been criss-crossed by manifold heterogeneities, not least of all cultural ones around ethnicity, religion, and language, it is these latter heterogeneities that have sharpened over the past decades. This contribution thus constitutes cross-border migration as a strategic research site for the contemporary social question.

## Keywords

Social question, social inequalities, heterogeneities, migration, global North, global South

\* \* \* \* \*

## 1 Einleitung: Migration als die transnationalisierte soziale Frage

Auf globaler Ebene erinnern Armut, gravierende soziale Ungleichheiten und politische und ökonomische Instabilität heute an die Lebensbedingungen, die in weiten Teilen Europas während des 19. Jahrhunderts vorherrschten. Damals war die soziale Frage das zentrale Thema volatiler politischer Konflikte zwischen den herrschenden Klassen und den Arbeiterbewegungen. Seit dem späten 19. Jahrhundert wurde die soziale Frage durch sozialstaatliche Regulierungen in den Wohlfahrtsstaaten des globalen Nordens verstaatlicht und eingeehgt. In Wohlfahrtsstaaten wurde ein Klassenkompromiss durch eine Umverteilung von Gütern und Lasten angestrebt (Breman et al. 2019). Dem-

gegenüber findet soziale Sicherung über den nationalen Wohlfahrtsstaat hinaus meistens in Form von Sozialstandards durch rechtlich nicht bindendes *soft law* statt. Beispielsweise gibt es freiwillige Selbstverpflichtungen von grenzübergreifend tätigen multinationalen Firmen, grundlegende Arbeitsschutzstandards einzuhalten, so etwa im UN Global Compact (Faist 2019, Kap. 4). Heute stehen wir vor einem neuen sozialen Konflikt auf einer transnationalen Ebene, der jedoch mehr denn je von vielfältigen Grenzziehungen gekennzeichnet ist – z.B. zwischen Kapital und Arbeit, globalem Norden und globalem Süden. Politisch gesehen ist es im globalen Norden ein Konflikt zwischen denjenigen, die – wie etwa Marktliberale oder kulturelle Kosmopoliten – eine globale Vernetzung favorisieren, und denjenigen, die – wie Rechtsnationale oder national-orientierte Linke – jeweils nationalstaatlich eingehegte Lösungen befürworten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese Kategorien in sich selbst wiederum ganz gegensätzliche Perspektiven einnehmen. So befürworten etwa Marktliberale eine globale Entfesselung des Kapitals, während Kosmopoliten die Durchsetzung von Menschenrechten und eine Regulierung grenzübergreifender Interaktionen in Form von rechtsstaatlich fundierter globaler Governance propagieren. Rechtspopulist\*innen hingegen predigen den Rückzug in vermeintlich kulturell homogene und wirtschaftlich möglichst autonome Nationen, wohingegen linke Befürworter des Wohlfahrtsstaats die *trentes glorieuses* nach dem Zweiten Weltkrieg wiederzubeleben oder doch zumindest in den Grundzügen zu erhalten versuchen. Diesen Trennlinien verwandte politische Frontstellungen finden wir in vielen Ländern des globalen Südens, etwa zwischen den Kräften, die einen nationalen Entwicklungsstaat präferieren und denjenigen, die marktliberale Öffnungen durchzusetzen versuchen.

Die soziale Frage von heute dreht sich neben dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit vor allem auch um kulturelle Heterogenitäten. Eine wachsende Zahl politischer Gruppierungen und NGOs sammelt sich über die Landesgrenzen hinweg im Hinblick auf Umwelt- und Klimafragen, Menschenrechte und Gender, religiöse Praktiken in christlichen, hinduistischen, buddhistischen oder islamischen Bewegungen sowie Ernährungssouveränität. Es gibt auch Widerstand gegen wachsende kulturelle Vielfalt und zunehmende Mobilität gerade von Personen über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg. Die Verbindung von Süd-Nord-Migration, aber auch Süd-Süd-Migration mit kulturellen Konflikten ist kein Zufall, da grenzüberschreitende Migration nicht nur wirtschaftliche Fragen aufwirft, wie etwa Arbeitsmarktsegmentierung (Schierup et al. 2015), sondern auch Teil des kulturellen Konfliktes um ›Wir‹ gegen ›die Anderen‹ bilden kann. Grenzübergreifende Migration ist somit eines der zentralen Felder, in denen im globalen Norden die Lösung der alten sozialen Frage im Rahmen des nationalen Wohlfahrts-

staates und im globalen Süden der nationale Entwicklungsstaat in Frage gestellt wird, daher der Begriff ›transnationalisierte soziale Frage‹. Eine der Kernfragen für die sozialwissenschaftliche Forschung lautet daher: Wie wird grenzüberschreitende Migration als ein wichtiger Bestandteil der transnationalisierten sozialen Frage unserer Zeit konstituiert?

Diese allgemeine Frage lässt sich in verschiedene Unterfragen einteilen, die hier skizziert werden: Hat sich vom 19. zum 21. Jahrhundert ein Wandel in der Reaktion auf soziale Ungleichheiten und Beschränkungen von Freiheit vollzogen, von politischem Widerspruch (*voice*) als wichtigste Reaktion zu territorialer Auswanderung (*exit*) als dominante Antwort? Welche Arten sozialer Ungleichheiten entstehen bzw. reproduzieren sich in Migrationsprozessen? Welche Rolle spielt dabei soziale Sicherung über Grenzen hinweg? Wie haben die Zuwanderungsstaaten in Europa die Migrationskontrolle durch Externalisierung in die Herkunfts- und Transitländer verlagert? Wie stellen sich Klassen- und Kulturkonflikte in Postmigrationsprozessen in Einwanderungs- und Auswanderungsstaaten dar? Müssen wir die soziale Frage auf eine sozio-ökologische Frage erweitern, um den Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Migration in der gegenwärtigen geologischen Periode, die inzwischen schon von vielen Beobachter\*innen mit dem Begriff Anthropozän (Mensch als wichtiger Einflussfaktor für Klima) belegt wird, zu verstehen? Bei der Beantwortung dieser Fragen gilt es, die sozialen Mechanismen aufzudecken, welche die (Re-)Produktion von sozialen Ungleichheiten antreiben. Dadurch leistet diese Analyse einen Beitrag dazu, grenzübergreifende Migration als ein strategisches Forschungsfeld für die gegenwärtige soziale Frage im Kontext sozialer Ungleichheiten zu konstituieren.

Soziale Ungleichheiten beziehen sich hier auf die ungleiche Verteilung von Kosten und Gewinn in Bezug auf Güter in und zwischen sozialen Einheiten wie Individuen, Gruppen, Organisationen und Staaten. Die involvierten Güter können dabei ökonomischer (z.B. Einkommen, Land, Arbeitskraft), politischer (z.B. fiskalische Befugnisse, Arbeitsplatzkontrolle, Regierungsmacht), kultureller (z.B. Lebensstil, kulturelles Kapital), sozialer (z.B. Zugang zu sozialen Netzwerken, Prestige, Reputation) und rechtlicher (z.B. Pflichten und Rechte, Bürgerschaft) Art sein. Soziale Ungleichheiten, die aus Kategorisierungen von Heterogenitäten entstehen, wie etwa Einkommens- und Vermögensunterschiede entlang von Geschlechtergrenzen oder ethnischen Grenzen, resultieren in ungleichen Erträgen, die häufig relativ stabil sind, also »dauerhafte Ungleichheiten« (»*durable inequalities*«, Tilly 1998).

## 2 Grundlegende Forschung

### 2.1 Die soziale Frage damals und heute: Vom Widerspruch zur Ab- bzw. Auswanderung?

In Bezug auf globale Einkommensungleichheiten machte zum Ende des 19. Jahrhunderts Klasse im marxistischen Sinne als Dichotomie zwischen Kapitaleignern und abhängig Beschäftigten mehr als die Hälfte des Unterschieds aus, während der Wohnort (Staat) nur einen kleinen Bruchteil der Varianz erklärte. Dieses Verhältnis kehrte sich hundert Jahre später fast um, als der größte Teil des Unterschieds auf den Wohnort bzw. das Land und nicht mehr auf die Klasse zurückzuführen war (Milanovic 2016; siehe Bourguignon und Morrisson 2002). Daher stellt sich die Frage, ob die Option Abwanderung in Form von grenzüberschreitender Migration (*exit*) die Alternative Widerspruch in Form von politischer Mobilisierung (*voice*) als dominante Strategie zur Bewältigung der ungleichen Verteilung von Einkommen und Lebensverhältnissen ersetzt hat. Zumindest ist Auswanderung eine wichtige Strategie auf der Mikroebene, die selbstverständlich immer im Kontext von alternativen und komplementären kollektiven Strategien, wie z.B. Sozialpolitik, globale Umverteilung auf der Makroebene und Wirtschaftswachstum gesehen werden müssen (Korzeniewicz und Moran 2009). Es lassen sich dabei, grob vereinfacht, vier Unterschiede zwischen dem 19. und dem 21. Jahrhundert feststellen.

Erstens entwickelten sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts nationale Wohlfahrtsstaaten als Reaktion auf politische Kämpfe um die alte soziale Frage zwischen Kapital und Arbeit. Während für ökonomischen Austausch zwecks Steigerung der Produktivität und allgemeinem Wohlstand offene Grenzen günstig sind, erfordert die politische Logik des Wohlfahrtsstaats eine soziale Schließung gegenüber Nicht-Bürger\*innen (Freeman 1986). Denn offene Grenzen würden tendenziell dazu führen, dass Migrant\*innen mit Einheimischen im Wettbewerb um wertvolle Güter in zentralen Bereichen wie Arbeitsmärkten, Wohnraum und Bildung konkurrieren müssten. Darüber hinaus werden solche Konflikte um die Verteilung von Gütern in der Regel durch eine zweite Dimension von Konflikt um kulturelle Unterschiede ergänzt, die einerseits zwischen der Idee der nationalen Homogenität und andererseits dem Anspruch auf kulturellen Pluralismus und Autonomie von Migrant\*innen und anderen Minderheiten verläuft. Interessanterweise wird jedoch in diesem Zusammenhang in der Forschung kaum thematisiert, welche Folgen wiederum die offenen Grenzen im globalen Süden gegenüber Migration aus dem globalen Norden jetzt schon haben; beispielweise die teilweise verheerenden Folgen der Heerscharen von Tourist\*innen im Hin-

blick auf die Wasserversorgung in vielen Ländern Afrikas und Asiens oder die Entsendung von Fachkräften (*expatriates*), die für multinationale bzw. transnationale Firmen tätig sind.

Zweitens durchlaufen wir eine allmähliche Entwicklung hin zu einer technisch hochgerüsteten staatlichen Migrationskontrolle, die es ermöglicht, nicht nur die nationalen Grenzen zu schützen, sondern auch die Außengrenzen in Transit- und Herkunftsregionen und in die Binnengrenzen der Einwanderungs-, Auswanderungs- und Transitstaaten hinein zu erweitern (u.a. Externalisierung und Fernsteuerung, *remote control*, Zolberg 2006; vgl. Oltmer 2017).

Drittens ist die politische Relevanz kultureller Heterogenität, die über Klasse hinausgeht, immer wichtiger geworden. In Europa zeigt sich dieser allgemeine Trend besonders in der Politisierung von Unterschieden wie Religion in Form eines angeblichen Zusammenpralls der Zivilisationen (*clash of civilizations*).

Viertens, während im 19. Jahrhundert sozialistische und anarchistische Theorien soziale Bewegungen wie die Arbeiterbewegung im Nordwesten Europas inspirierten, ist die Situation zu Anfang des 21. Jahrhunderts viel pluralistischer. Heute gibt es keine erkennbar kohärente Theorie rund um die transnationalisierte soziale Frage. Eine solche Theorie müsste eine Vielzahl von Heterogenitäten adressieren.

Insgesamt stellt die Transnationalisierung grenzüberschreitender Ströme von Dienstleistungen und der Migration von Menschen und der damit einhergehende Prozess einer (wieder) zunehmenden kulturellen Vielfalt eine Herausforderung für den nationalen Wohlfahrtsstaat dar, zumal dieser auf einer national begrenzten, institutionalisierten Solidarität und Klassenkompromissen beruht. Heute kann die Anerkennung von Geschlecht, Ethnizität, Religion und verwandten Heterogenitäten bzw. deren Intersektionalität (Amelina und Lutz 2019) vom klassischen Wohlfahrtsstaat nicht sinnvoll reguliert werden. Dies rührt nicht zuletzt daher, dass die Reaktion auf gesellschaftliche Transformation die Risiken eines gelungenen Lebens von Gruppen auf Individuen verlagert hat (Beck 1992). Es ist der regulative und nicht der umverteilende Wohlfahrtsstaat, der im Bereich von Heterogenitäten aktiv ist. Hier wäre etwa an durchaus zum Teil wirksame Anti-Diskriminierungsmaßnahmen in den Bereichen Gender und Ethnizität zu denken. Möglicherweise trägt die Europäische Union (EU) noch mehr zu dieser Entwicklung bei, da ein anspruchsvolles Verständnis von Gleichheit und Solidarität in den Hintergrund tritt (Münch 2012).

## 2.2 Der Nexus von grenzüberschreitender Migration und sozialer Ungleichheit

Der Zusammenhang von Migration und sozialer Ungleichheit verweist auf zwei große Herausforderungen. Die erste Frage betrifft den Einfluss sozialer Ungleichheiten auf grenzüberschreitende Möglichkeiten zur Migration für verschiedene sozio-ökonomische Gruppen. Die zweite Frage ist, umgekehrt, wie die Auswirkungen von Migration soziale Ungleichheiten in Bezug auf die Lebenswirklichkeiten in den davon betroffenen Ländern – inzwischen fast alle auf der Welt – beeinflussen. Die verfügbaren Forschungsergebnisse deuten darauf hin, dass grenzüberschreitende Migration häufig einen Weg zur sozialen Aufwärtsmobilität für Individuen und Familien darstellt und dass gleichzeitig solche Prozesse dazu tendieren, Ungleichheiten auf einer tieferen Ebene zu verstärken, indem etwa schon vor der Migration sozial höher gestellte Gruppen ihre Position über die Mobilitätsprozesse ausbauen, z.B. durch Rücküberweisungen oder Studium im globalen Norden. Im Hinblick auf Aufwärtsmobilität lassen sich durchaus positive Effekte von Rücküberweisungen messen, z.B. die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und des Zugangs zu Bildungseinrichtungen. Finanzielle Rücküberweisungen gleichen teilweise auch die negativen Effekte des durch Migration verursachten Bevölkerungsrückgangs aus. Zudem ergeben sich teilweise reduzierte Armutsraten als Ergebnis von Rücküberweisungen (Faist 2019, Kap. 3). Bezüglich negativer Effekte, also der Verstärkung von Ungleichheiten durch Migration, ist festzuhalten, dass die Effekte von finanziellen Rücküberweisungen in der Regel überschätzt werden.

Die damit verbundenen Ungleichheiten beziehen sich auf ungleiche Machtverhältnisse, die sich aus Kategorisierungen von Heterogenitäten nach Geschlecht, Ethnizität, Religion, Kaste und Klasse ergeben, wovon keines grundlegend in Auswanderungs- und Einwanderungsregionen und in transnationalen sozialen Räumen transformiert wird. Dazu kommt, dass durch Migration neue Ungleichheiten auftreten, z.B. solche, die aus der Zunahme an der Vergabe von Aufträgen an Subunternehmen in den Arbeitsmärkten der Zielregion resultieren. Die Entsendung von Werkvertragsarbeiter\*innen etwa von der Peripherie Europas nach Deutschland und die damit verbundenen rechtlichen Regulierungen führen in der Regel zu weiterer irregulärer Beschäftigung (Faist et al. 1999). Insgesamt spiegelt grenzüberschreitende Migration die Bedeutung des Ortes und der staatlichen Mitgliedschaft (Staatsbürgerschaft) als wichtige Proxies für Lebensverhältnisse wider.

### 2.3 Migration, soziale Sicherung, und die (Re-)Produktion von Ungleichheiten

Soziale Sicherung ist hier besonders wichtig, weil Migration die unterschiedlichen, fragmentierten sozialen Räume ungleicher Lebensverhältnisse weltweit verbindet. Die grenzüberschreitende Organisation sozialer Sicherung umfasst ein komplexes Gefüge, welches Programme von Nationalstaaten, zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und Familien bzw. Verwandtschaftssystemen miteinbezieht. Dabei geht es auch um die Frage, wie soziale Sicherung im Hinblick auf (soziale) Menschenrechte konzipiert werden kann. Wesentlich für das Verständnis des aktuellen Status grenzüberschreitender sozialer Sicherung ist die Erforschung der Elemente von globaler Governance und der bestehenden transnationalen sozialen Standards allgemein und im Bereich der Migration. Auf der nationalstaatlichen Ebene, worauf schon Marshall (1992 [1949]) kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs hinwies, sind soziale Rechte im Rahmen sozialer Bürgerschaft (*social citizenship*) wichtig, um die sozialen Ungleichheiten, die aus kapitalistischen Märkten resultieren, zu legitimieren. Für transnationale soziale Räume gibt es keinen ähnlichen normativen Bezugsrahmen (Pries 2008). Die Konventionen 97 und 143 der Internationalen Arbeitsorganisation (*International Labor Organization*) und andere Sozial- und Menschenrechtskonventionen weisen einen eher unverbindlichen Charakter auf. Daher macht es keinen Sinn, von transnationaler sozialer Bürgerschaft zu sprechen – außer im Hinblick auf eine überlappende nationale Staatsbürgerschaft, nämlich doppelte Staatsbürgerschaft. In diesem Falle können Bürger\*innen im Prinzip die vollen Rechte in den Ländern beanspruchen, deren Staatsangehörigkeit sie besitzen. Es ist auch nicht sinnvoll, in einem institutionellen Sinne von globaler oder weltweiter Bürgerschaft zu sprechen, obwohl ein solches Konzept die Mobilisierung zugunsten von grenzüberschreitenden Normen anleiten kann. Weltbürgerschaft ist de facto oder de jure nicht vorhanden, weil über einige Ausnahmen hinaus, wie z.B. Anspruch auf Entschädigung bei Landverlust bei Entwicklungsprojekten wie dem Staudambau, nur *soft law* und soziale Standards in internationalen Konventionen gelten. Diese wiederum können häufig nicht erfolgreich von Migrant\*innen beansprucht werden, obwohl es durchaus Beispiele für erfolgreiche migrantische Mobilisierung gibt, auch in Kooperation mit nicht-migrantischen Akteuren (u.a. Bassel und Emejulu 2017; Nyers und Rygiel 2012). Transnationale soziale Sicherung und damit einhergehende soziale Ungleichheiten existieren nichtsdestotrotz auf verschiedenen Ebenen, wobei Nationalstaaten sowie internationale Organisationen oder lokale Gemeinden eine Rolle spielen – zusätzlich zu den anderen Dimensionen sozialer Organisation, nämlich Markt, Gemeinschaft und Familie. Globale Kriterien und



Normen, wie internationale Konventionen, und ein globaler Horizont des Denkens als kognitives Schema, dienen als Referenzpunkte für Akteur\*innen, die in diesem Bereich einen politischen Wandel anstreben (Cabrera 2011; Howard-Hassmann und Walton-Roberts 2015), indem sie beispielsweise auf ein weltweit wachsendes öffentliches Bewusstsein für transnationalen Austausch, Interdependenz und Abhängigkeiten hinweisen (Furia 2005).

Obwohl grenzüberschreitende soziale Sicherungsstrategien die Lebensgrundlagen von Einzelpersonen oder Familien und die Möglichkeiten zur sozialen Sicherung erheblich verbessern können, beispielsweise durch finanzielle Rücküberweisungen für die Ausbildung oder Gesundheitsfürsorge anderer Familienmitglieder, bleiben grundlegende Ungleichheiten zwischen den Herkunftsregionen und den Zielregionen, aber auch innerhalb der Ursprungsgruppen in der Regel bestehen. Institutionell eingebettete Formen der öffentlichen sozialen Sicherung in den Herkunftsregionen sind häufig zusätzlichen Belastungen ausgesetzt, beispielsweise durch die Emigration qualifizierter Arbeitskräfte (Faist et al. 2015). Neue Ungleichheiten treten im Zuge grenzüberschreitender Migration auf, z.B. zwischen Haushalten in den Herkunftsregionen, die mit Rücküberweisungen bedacht werden und denen, die keine erhalten; oder in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in den Einwanderungsregionen, wo die Emanzipierung von Frauen in Einwanderungsländern dazu führt, dass Frauen aus dem globalen Süden die vakanten Positionen für Pflegearbeit im Haushalt übernehmen (Nakano Glen 1992).

Die Forschung zeigt, dass Migrant\*innen durchaus ihre soziale Position zwischen Herkunfts- und Zielländern, zwischen Migrant\*innengruppen und innerhalb ihrer eigenen Gruppen vergleichen (Faist et al. 2019b). Es lohnt sich daher, die subjektive Bedeutung sozialer Ungleichheiten im Kontext objektiv konzipierter Sozialstrukturen zu untersuchen, weil die transnationalisierte soziale Frage nur vor dem Hintergrund von sozialen Ungleichheiten entsteht, die normativ umstritten sind – also sozialen Ungerechtigkeiten. Aus empirischer Sicht orientieren sich die Kriterien zur Bewertung von Ungleichheiten normalerweise an Vergleichen mit relativ nahestehenden Kategorien von Personen und Gruppen. Zudem werden manchmal Vergleiche bestimmter Elemente sozialer Sicherungssysteme, z.B. Gesundheitsversorgung oder Altersrenten, relevant. Die interessante Frage ist, welche Kategorien von Personen und welche Normen von den beteiligten Akteuren für die soziale Sicherung als relevant erachtet werden. Aus einer transnationalen Sicht können Ungleichheiten als grenzenlos betrachtet werden: Während Ländergrenzen und vor allem die rechtlichen und politischen Grenzen von Mitgliedschaft und Zugehörigkeit konstitutiv für die Lebensmöglichkeiten einer Person sind, stimmen die sozialen, kulturellen und ökonomischen Grenzen nicht notwendigerweise damit überein.

### 3 Gegenwärtige Forschungsperspektiven

#### 3.1 Externalisierung und Internalisierung von sozialen Ungleichheiten

Um die Politik der Ungleichheiten in Bezug auf Migration zu verstehen, ist eine Analyse der transnationalen Architektur im Hinblick auf Migrationskontrolle erforderlich. Im globalen Norden verspricht der nationale Wohlfahrtsstaat Schutz vor einem ungehinderten globalen wirtschaftlichen Wettbewerb. In den Auswanderungsländern ist der Entwicklungsstaat das funktionale Äquivalent zum Wohlfahrtsstaat. Seitens der Einwanderungsländer nimmt die Migrationskontrolle eine hohe Priorität ein, gekennzeichnet durch Fernsteuerung und Versicherheitlichung (*securitization*); insbesondere in Herkunfts- und Transitregionen, die aufgrund von verhinderter Weiterwanderung auch zu Einwanderungsregionen werden können (z.B. Stock 2019). Auf der Seite der Auswanderungsländer steht der Nexus zwischen Migration und ökonomischer Entwicklung im Mittelpunkt. Sowohl der Migrationskontroll-Nexus als auch der Migrations-Entwicklungs-Nexus haben sich zunehmend in einen Kontroll-Entwicklungs-Migrations-Nexus vereint: Geberstaaten verbinden Ressourcen für Entwicklungszusammenarbeit mit der Bereitschaft der Empfänger, in Fragen der Migrationskontrolle zusammenzuarbeiten bzw. dem Drängen der Geberländer auf strengere Migrationskontrolle schon in den Herkunfts- und Transitregionen von Migration nachzugeben (Gaibazzi et al. 2016). Der Aspekt der Kontrolle dieses dreifachen Nexus hat zu Externalisierung und Internalisierung geführt. Grenzen haben sich sowohl nach außen als auch nach innen bewegt, in Auswanderungs- und in Einwanderungsländern. In den Herkunftsregionen des globalen Südens versucht die EU Grenzkontrollkapazitäten auszubauen, oft mit erheblicher Unterstützung von Polizei und Militär. Umstritten in den Ländern selbst sind insbesondere die etwa von der EU gewünschten Rücknahmeabkommen (Faist et al. 2019a). Feststellung, Inhaftierung und Abschiebung gehören heutzutage in vielen Einwanderungsländern zu den sichtbarsten Kontrollpraktiken; auch in Staaten des globalen Südens (z.B. Sylla und Schultz 2019 am Beispiel Malis). Im Allgemeinen haben etwa verschärfte Asylverfahren den Familiennachzug bzw. die Familienzusammenführung immer schwieriger gemacht. Davon sind derzeit in Deutschland beispielsweise Geflüchtete betroffen, die einen subsidiären Status haben und daher nach Beendigung der Gewalt in die Herkunftsländer zurückkehren müssen.

Letztlich sind Externalisierung und Internalisierung untrennbar miteinander verbunden. Grenzmauern und Externalisierungsbemühungen sind ein Hinweis darauf, dass die staatliche Kontrolle einer der sichtbarsten Bereiche der Transnationalisierung ist, in dem nationale Staaten und supranationale Einheiten wie die EU Kompetenz zeigen können. Eine solche Politik zielt in

erster Linie auf symbolische Grenzkontrolle, indem sie einer Bevölkerung, deren Beschäftigungsmöglichkeiten teilweise anderswo hingewandert sind oder deren Wohlfahrtsstaaten sich verändert haben und manchmal im Begriff sind, sogar aus dem demokratischen Besitz entfernt zu werden, ein beruhigendes Bild von Sicherheit geben. Es gibt keine zuverlässigen empirischen Hinweise darauf, dass Migrant\*innen eine Konkurrenz um Arbeitsplätze oder insgesamt eine Last für den Wohlfahrtsstaat im globalen Norden sind (Faist 1994). Branchen wie z.B. das Baugewerbe sind teilweise ausgenommen. Bei der Externalisierung und Internalisierung von Grenzkontrolle geht es mehr um die symbolisch-kulturelle Bearbeitung der Konsequenzen gesellschaftlicher Transformation als um Migrant\*innen bzw. Migration und deren Konsequenzen.

Um die Dynamik politischer Konflikte um Einwanderung und Auswanderung zu verstehen, ist es hilfreich, diese Prozesse sowohl auf wirtschaftlicher als auch kultureller Ebene zu betrachten. Diese Ebenen sind einerseits autonom, andererseits auch eng miteinander verzahnt. Dabei kann grundsätzlich in analytischer Absicht zwischen Staaten als Immigrations- und als Emigrationsstaaten unterschieden werden – auch, wenn viele Staaten beides sind.

### 3.2 Immigrationsstaaten: Wohlfahrtsparadox und liberales Paradox

In Bezug auf Mitgliedschaft und soziale Ungleichheiten kreist Politik in den Einwanderungsländern des globalen Nordens um zwei Hauptachsen (Abb. 1). Es kann einmal unterschieden werden, ob Immigrationspolitiken eher expansiv oder restriktiv sind (horizontale Achse); und zum anderen kann differenziert werden zwischen Migrant\*innen als wirtschaftlich nachgefragt und/oder sozio-kulturell anerkannt (vertikale Achse). Beide Achsen sind hier relevant: Erstens haben Immigrationspolitiken, die damit zusammenhängende rechtliche Status von Immigrant\*innen und die wirtschaftliche Nachfrage einen großen Einfluss auf deren Teilhabemöglichkeiten. Und zweitens ist insbesondere die sozio-kulturelle Anerkennung relevant dafür, welche Kategorien von Migrant\*innen von den Mehrheitsgruppen als zugehörig oder zumindest auf dem Weg dahin betrachtet werden. Außerdem ist Anerkennung wiederum abhängig von den Vorstellungen der jeweiligen Mehrheit darüber, ob eine Nation als kulturell homogen oder divers verstanden wird.

Die Spannungen, die sich entlang der beiden Achsen ergeben, verdichten sich als Erstes in einem Wohlfahrtsparadox und einem liberalen Paradox. In der wirtschaftlichen Sphäre resultiert das Wohlfahrtsparadox aus den Forderungen nach der Liberalisierung von Märkten im Wettbewerbsstaat (*competition state*; Cerny 1997) einerseits und der partiellen Abkopplung der sozialen

Sicherung vom Arbeitsmarkt (Dekommodifizierung) im Wohlfahrtsstaat andererseits. Im Wohlfahrtsstaat existieren unter eng gefassten Bedingungen somit Möglichkeiten des Einkommens jenseits des Arbeitsmarkts. Noch wichtiger für soziale Sicherung ist allerdings die Regulierung von Märkten durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen, z.B. über Arbeitsschutz oder der Verbindlichkeit von Tarifabschlüssen. Wirtschaftliche Offenheit in Bezug auf Immigration und Kapitaltransfer steht in einem Spannungsverhältnis zur politischen Schließung gegenüber Migrant\*innen im Wohlfahrtsstaat. Eine vollständige Öffnung der Grenzen von Wohlfahrtsstaaten würde aufgrund eines hohen Angebots an migrantischen Arbeitskräften die Organisation von Kapital und Arbeit in Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften beeinträchtigen: Bei einer ausreichend hohen Anzahl an ›billigen‹ und vor allem ›willigen‹ Arbeitskräften hätten beispielsweise Arbeitgeber\*innen kaum Anreize, einem Unternehmensverband beizutreten, um mit Gewerkschaften zu verhandeln. Die marktliberale Öffnung von Grenzen verträgt sich darüber hinaus schlecht mit der sozialen Sicherung aller im Wohlfahrtsstaat befindlichen Beschäftigten, da bei expansiver Immigrationspolitik beispielsweise Arbeitskräfte in den unteren Lohnsegmenten vermehrt mit Migrant\*innen konkurrieren könnten. Kurzum, bezüglich Migration besteht ein konzeptuell nicht auflösbares Spannungsverhältnis zwischen den Prinzipien des Wettbewerbsstaats und des Wohlfahrtsstaats.

Das liberale Paradox in der kulturellen Sphäre drückt sich im Konflikt zwischen der seit den 1960er Jahren stattfindenden Revolution der (Menschen-)Rechte (*rights revolution*) einerseits und dem Mythos einer national-kulturellen Homogenität andererseits aus. Im Hinblick auf die rechtsstaatliche Revolution der Rechte haben beispielsweise Arbeiter\*innen nach einer gewissen Zeit des legalen Aufenthalts im jeweiligen Land einen Anspruch auf dauerhafte Aufenthaltsberechtigung (Triadafilopoulos 2012, S. 122). Die Ausweitung von Menschenrechten auf Migrant\*innen, die sich in Wohlfahrtsstaaten aufhalten, steht aber prinzipiell im Widerspruch zu den Bemühungen, territoriale und vor allem sozio-kulturelle Grenzen zum Erhalt einer imaginierten, national und kulturell homogen gedachten Gemeinschaft zu schaffen. Migration ist aus der Sicht einer ethnisch als homogen vorgestellten Nation stark zu begrenzen, weil ansonsten spezifische kulturelle Lebensstile und sogar die Demokratie an sich (z.B. durch Import autoritärer Vorstellungen) gefährdet sein könnten. Beim Widerstand gegen die Ausweitung der Rechte von Immigrant\*innen handelt sich also teilweise um einen Prozess der Kulturalisierung von Migration. Noch weitergehend führen die Wahrnehmungen von Migration und bestimmter Kategorien von Migrant\*innen als Bedrohung in der Regel zu einer starken Betonung von Migration als Sicherheitsrisiko, d.h. tragen zu einer Versicherheitlichung von Immigration

bei. Im Hinblick auf den kulturellen Aspekt von Staatlichkeit finden wir also Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und damit einen de facto multikulturellen Staat auf der einen und einen demokratisch verfassten nationalen und teilweise sogar ethnisch homogen gedachten Staat auf der anderen Seite.

Insgesamt favorisieren die Logiken des Wettbewerbsstaats und des Rechtsstaats eher tolerante bzw. expansive Immigrationspolitiken. Dabei ist zu beachten, dass diese beiden Prinzipien nicht unbedingt miteinander einhergehen bzw. von den gleichen politischen Akteur\*innen vorgebracht werden. Demgegenüber legen die Funktionsweisen des Wohlfahrtsstaats und des demokratischen Nationalstaats – wiederum auch aus verschiedenen Gründen – eine restriktivere Immigrationspolitik nahe: Aus sozialstaatlicher Sicht geht es primär um soziale Schutzrechte, aus nationaler Sicht um das Verfolgen eines Ideals der kulturellen Homogenität. Dies bedeutet, dass politische Konfliktlinien im Bereich Migration quer zu weithin bekannten Rechts-Links-Schemata verlaufen. So würde beispielsweise eine links-liberale Position sowohl eine restriktive Immigrationspolitik (Wohlfahrtsstaat) als auch eine offene Immigrationspolitik (pluralistischer Rechtsstaat) nahelegen.

Abbildung 1: Immigrationsparadoxa

Immigrationspolicies	Expansiv	Restriktiv
Migrant*innen		
Ökonomisch nachgefragt	Marktliberalisierung: Migrant*innen als Humankapital	De-Kommodifizierung: Bürger*innen und Migrant*innen als Träger*innen sozialer Rechte
<i>Wohlfahrtsparadox</i>	<i>Wettbewerbsstaat</i>	<i>Wohlfahrtsstaat</i>
Sozio-kulturell anerkannt	›Rights Revolution‹: Menschenrechte und kulturelle Rechte für Migrant*innen	Kulturalisierung, Versicherunglichung: Migration als Bedrohung
<i>Liberales Paradox</i>	<i>Rechtsstaat</i>	<i>Demokratischer Nationalstaat</i>

Das Wohlfahrtsparadox und das liberale Paradox sind eng verschränkt, da ökonomische Spaltungen entlang der Heterogenität Klasse die Politisierung kultureller Heterogenitäten mit strukturieren. Marktliberalisierung geht mit Klassenunterschieden zwischen Migrant\*innen einher bzw. verstärkt diese, während Kulturalisierung und Versicherunglichung diese Differenzen entlang kultureller und nationaler Spannungslinien politisieren. Dabei konzentrieren sich Diskussionen über das Scheitern von Sozialintegration in der Regel auf relativ statusniedrige Gruppen; beispielsweise ehemalige ›Gastar-

beiter\*innen« aus der Türkei oder neuerdings Geflüchtete (vgl. Eder et al. 2004). Die Sozialintegration von Hochqualifizierten wird in öffentlichen Debatten kaum thematisiert. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Gründe für die Legitimierung von Ungleichheiten bezüglich des Rechtsstatus von Immigrant\*innen verschoben. Zugeschriebene Heterogenitäten wie etwa phänotypische Merkmale in Prozessen der Rassifizierung werden nun durch wahrgenommene kulturelle Dispositionen von Immigrant\*innen als rückständig und der durch marktliberales Denken geförderten Überzeugung, dass diese als Individuen ausschließlich allein für ihr Schicksal verantwortlich sind, komplementiert (vgl. Balibar und Wallerstein 1991). Solche Kategorisierungen unterscheiden etwa zwischen legitimen Geflüchteten und nicht legitimen ›Scheinasylant\*innen‹, ›Asyltourist\*innen‹ oder ›Wirtschaftsflüchtlingen‹. Kurz gesagt handelt es sich dabei um einen Prozess der Kategorisierung von Migrant\*innen in entbehrliche oder nützliche Elemente des Wettbewerbsstaats.

Durch die Zusammenführung von Marktliberalisierung und kulturell gewendeter Versichertheitlichung kann die aktuelle Situation als eine Neuauflage von Max Webers *Protestantischer Ethik* (2017 [1904]) gelesen werden: Die Politik exkludiert Traditionalisten und Personen, die im Markt schwache oder keine Leistung erbringen, während Leistungsträger\*innen und diejenigen, die liberale Einstellungen aufweisen, belohnt werden. Es ist also nicht erst das Aufkommen des Rechtspopulismus, welches die sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Spannungslinien des Wohlfahrtsparadoxes und des liberalen Paradoxes sichtbar macht. Auch wenn rechtspopulistische und rechtsnationale Politik stark zur Kulturalisierung und Versichertheitlichung von Migrationspolitik beiträgt, so sind es doch grundlegende institutionelle Logiken verschiedener Formen von Staatlichkeit, die Migration als transnationalisierte soziale Frage konturieren.

Diese Prozesse haben nicht einfach zur Verdrängung von Klasse durch Status entlang der Heterogenitäten Religion, Nationalität oder Geschlecht in politischen Debatten geführt. Schließlich bezieht sich die Klassenpolitik auch auf kulturelle Abgrenzungen wie einen bestimmten Lebensstil. Dennoch haben sich die Heterogenitäten, die derzeit politisiert werden, etwas verschoben: Kulturalisierte Heterogenitäten stehen heute im Vordergrund der politischen Auseinandersetzung um Migration und deren Folgen, insbesondere Religion. Interessanterweise werden manche Heterogenitäten wie ›Rasse‹ als Produkt von Rassifizierung (*racialization*) von phänotypisch-kulturellen Merkmalen in den politischen und wissenschaftlichen Debatten in Deutschland wenig thematisiert (vgl. Broden und Mecheril 2010).

Im Laufe der Zeit wurde im Zuge der politischen Auseinandersetzungen um Immigration die multikulturelle Rhetorik durch eine Semantik der Viel-

falt bzw. Diversität im Sinne eines soziopolitischen Pluralismus ersetzt (Faist 2010). Vor diesem Hintergrund ist es möglich, dass die Marktliberalisierung auch zum Rückgang eines rechtbasierten Ansatzes und zum Aufstieg eines ressourcenbasierten Ansatzes beigetragen hat. Im Hinblick auf Kultur beobachten wir eine Verschiebung der Maßnahmen von Gruppenrechten hin zu individuellen Ressourcen (z.B. Sprachkenntnissen), die von Unternehmen genutzt werden können. Das Konzept Diversität mobilisiert, zumindest im Privatsektor, die privaten Ressourcen von Individuen, die einer Minderheit angehören, und sucht nach einer möglichst effizienten Verwendung. Im öffentlichen Sektor liegen die Verhältnisse etwas anders, insbesondere in Bereichen wie innere Sicherheit, Bildung und Gesundheit, in denen Dienstleister nach effektiveren Wegen suchen, um öffentliche Dienstleistungen für die Öffentlichkeit zu erbringen. Auch die Weltbank propagiert seit Jahren einen ressourcenbasierten Ansatz, um Migration mit Entwicklung zu verknüpfen: Migrant\*innen werden über das Instrument der finanziellen Rücküberweisungen als Entwicklungsagent\*innen ihrer Herkunftsländer dargestellt (Wise et al. 2013).

Während eine teilweise Entpolitisierung kultureller Heterogenitäten durch *Diversity Management* zu höherer Effizienz in Unternehmen und zu besseren öffentlichen Dienstleistungen führen kann, sind multikulturelle Politiken in der Regel mit Rechten von Gruppen in Nationalstaaten verbunden, was eine Politisierung von Heterogenitäten impliziert. Letztendlich soll eine multikulturelle Politik der Anerkennung kultureller Praktiken die nationale Sozialintegration und die Integration von Immigrant\*innen als Minderheiten in das öffentliche Leben fördern. Es ist daher eher wahrscheinlich, dass jegliche Politik der kulturellen Anerkennung, die gruppenbezogen ist, das Hauptziel von kultureller Versicherheitlichung und xenophoben Bemühungen bleiben wird. Während nun die rhetorische Kritik am Multikulturalismus stetig steigt, geht der politische Kampf um kulturelle Anerkennung weiter.

### 3.3 Emigrationsstaaten: Entwicklungsparadox und nationales Paradox

Anstelle der Immigrationspolitiken, die expansiv oder restriktiv sind, treten in diesem Falle die Emigrationspolitiken in den Vordergrund (horizontale Achse); während die andere Achse nach denselben Kriterien konstruiert ist wie auf der Immigrationsseite, nämlich Migrant\*innen als wirtschaftlich nachgefragt und/oder sozio-kulturell anerkannt; in diesem Falle aber auf Emigrant\*innen bzw. Rückkehrmigrant\*innen bezogen (vertikale Achse). In den Emigrationsländern stehen zwei Spannungsfelder im Vordergrund – das Entwicklungsparadox und das nationale Paradox (Abb. 2). Im Hinblick auf das Entwicklungsparadox – die Spannung zwischen dem Marktliberalismus

des Wettbewerbsstaats und der Protektion der eigenen Wirtschaft im nationalen Entwicklungsstaat – wurden seit den 1980er Jahren ökonomisch liberale Elemente insbesondere durch Strukturanpassungsprogramme internationaler Organisationen im globalen Süden implementiert (Alvorado und Massey 2010). Derartige Programme resultierten u.a. in der Kürzung von Subventionen für Nahrungsmittel und in der steigenden Privatisierung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen. Dies hatte wachsende Schwierigkeiten der Sicherung von Grundbedürfnissen für große Bevölkerungsgruppen zur Folge. Derartige Policies der Strukturanpassung können als Ausdruck von Wettbewerbsstaatlichkeit gesehen werden. Eine Einschränkung dieser Beobachtung sollte jedoch gleich gemacht werden. Sie gilt nicht in gleichem Maße für im Hinblick auf die Anzahl der Emigrant\*innen bedeutende Länder wie Indien und schon gar nicht für Staaten, die nicht umstandslos in die dichotome Unterscheidung globaler Norden vs. globaler Süden fallen, wie z.B. China. Trotzdem nimmt in Ländern, die hauptsächlich durch Emigration und weniger durch Immigration geprägt sind, die Bearbeitung der Konsequenzen der Abwanderung etwa von Hochqualifizierten (*brain drain*) und Arbeiter\*innen (*brawn drain*) einen wichtigen Platz in politischen Debatten ein. Als ein Beispiel dafür kann der Nexus von Migration und Entwicklung dienen, der von internationalen Organisationen, Nationalstaaten und der EU im globalen Norden Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre auf die politische Agenda gesetzt wurde. Kollektive Akteure wie Diasporaorganisationen, die bis dahin als Hilfskräfte und Unterstützer der beiden Supermächte USA und UdSSR im Ost-West-Konflikt dienten, wandten sich im Zuge dieser Entwicklung nach dem Kalten Krieg Entwicklungsfragen zu. Außerdem fordern Politiken der EU, so etwa der Globale Ansatz für Migration und Mobilität (GAMM), von den Regierungen in den Herkunfts- und Transitländern verstärkte Grenzkontrollen, die im Gegenzug finanzielle Unterstützung von einigen europäischen Ländern erhalten (z.B. Zardo 2017). Dadurch wird auch in den Herkunftsländern von Migrant\*innen die Aufmerksamkeit für die Thematik *brain drain*, *brain gain*, *brain circulation* und die Rolle von Diaspora weiter gestärkt. Im Rahmen solcher politischen Entwicklungen werden die Machtasymmetrien zwischen den Immigrations- und Emigrationsländern deutlich sichtbar. Während der Mobilität hochqualifizierter Migrant\*innen viel Platz nicht nur in den Diskursen, sondern auch den Policies um Migration und Entwicklung gegeben wurde, haben Migrant\*innen mit geringerem beruflichen Qualifikationsniveau nur wenig Aufmerksamkeit erfahren (Beine et al. 2016) und tauchen in öffentlichen Debatten meistens als Objekte der Kontrolle in Herkunfts- und Transitländern und als vermeintliche Belastung für den Wohlfahrtsstaat in den Zieländern auf.



Abbildung 2: Emigrationsparadoxa

Nation Migrant*innen	Globale Nation	Nation im Staat
Ökonomisch nachgefragt <i>Entwicklungsparadox</i>	Marktliberalisierung: Entwicklung durch Diaspora und Rücküberweisungen <i>Wettbewerbsstaat</i>	Nationale Entwicklung: Entwicklung basiert auf Rechten, auch für Emigrant*innen <i>Nationaler Entwicklungsstaat</i>
Sozio-kulturell anerkannt <i>Nationales Paradox</i>	Transnationalisierung: Emigration und Diaspora als Ressourcen <i>Globalisierter Staat</i>	Versicherheitlichung: Emigrant*innen und Diaspora als Gefahr <i>Nationaler Sicherheitsstaat</i>

Um zu verstehen, wie Emigrationsstaaten mit Auswanderung, Rückkehrmigration (Debnath 2016), Rücküberweisungen und der Entstehung von Diaspora umgehen, ist als Gegenpol zum Marktliberalismus des Wettbewerbsstaats die Idee des nationalen Entwicklungsstaats zentral. Letzterer zielt darauf ab, durch staatlich gelenkte Wirtschaftsförderung, darunter auch Landreformen, die Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen systematisch aufzubauen – und dabei auch die heimische Produktion etwa durch Schutzzölle zu sichern (Chang 2003). Während das Konzept des nationalen Entwicklungsstaats noch in den 1960er- und 1970er Jahren maßgebend für sozio-ökonomische Entwicklungspolitik in den Emigrationsstaaten war, haben internationale Organisationen, wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF), seit den 1980er Jahren demgegenüber die Rolle von Marktmechanismen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und des lokalen Staats betont und gestärkt (Faist 2019, Kap. 9).

Obwohl Rücküberweisungen von Migrant\*innen das neue Mantra der Entwicklungsarbeit darstellen, u.a. weil die Summen, die von Nord nach Süd fließen, diejenigen der offiziellen Entwicklungshilfe bei Weitem übersteigen, sind damit erhebliche nicht-intendierte Auswirkungen verbunden. Eines davon ist das Problem des moralischen Risikos (*moral hazard*). Gerade weil Rücküberweisungen besonders in Phasen des wirtschaftlichen Abschwungs wichtig sind, gibt es Anreize für Regierungen, sich mit (indirektem) Verweis auf die Selbsthilfe (*self-reliance*) seitens der Migrant\*innen ihrer Verantwortung für grundlegende soziale Sicherung und anderen Verpflichtungen gegenüber ihren Bürger\*innen zu entledigen. Diese negative Konsequenz wird beispielsweise im Zuge des Umgangs mit Naturkatastrophen und anderen ökologischen Krisen sichtbar (McLeman et al. 2016). Insgesamt führen Rücküberweisungen eben auch dazu, dass sie Haushalten erlauben, ein öffentli-

ches Gut privat zu erwerben und sich eben nicht auf die öffentliche Hand zu verlassen. Dies führt wiederum dazu, dass Wähler\*innen ihre Regierungen diesbezüglich nicht zur Verantwortung ziehen.

Insgesamt zeigt die Forschung, dass Migration und finanzielle Rücküberweisungen die Muster von politischem Einfluss und die Präferenzen der Wähler\*innen durchaus beeinflussen. Man sollte aber diese negativen Wirkungen wiederum auch nicht überschätzen. Erstens lassen sich durchaus positive Effekte von Rücküberweisungen messen, z.B. die Verbesserung der Gesundheitsversorgung und des Zugangs zu Bildungseinrichtungen. Finanzielle Rücküberweisungen gleichen teilweise auch die negativen Effekte des durch Migration verursachten Bevölkerungsrückgangs aus. Zweitens lassen sich reduzierte Armutsraten als Ergebnis von Rücküberweisungen messen (u.a. Gupta et al. 2009).

Nichtsdestotrotz sollten die positiven und negativen Effekte von Rücküberweisungen mit Vorsicht bewertet werden, weil es vor allem die breiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen in den Emigrationsländern sind, die ihre sozioökonomische Entwicklung mit beeinflussen. Diese Annahme wird etwa durch historische Forschung in den Fällen Irland und Italien im 19. Jahrhundert bestätigt (Tilly 2007). Aber noch entscheidender ist die Tatsache, dass die gegenwärtigen Migrationsquoten weit über den derzeit gemessenen weltweit 3,5 Prozent liegen müssten, um sehr signifikante ökonomische Effekte in den Herkunftsländern zu erzielen (Faist 2000, Kap. 1).

In der kulturellen Sphäre stoßen wir auf das nationale Paradox, die Spannung zwischen der Vorstellung einer globalen Nation in Form eines transnationalisierten Staats einerseits und die eines nationalen Sicherheitsstaats andererseits. Sowohl in Bezug auf die ökonomische, aber insbesondere auf die kulturelle Dimension von Migration steht der Begriff der Diaspora im Vordergrund der politischen Auseinandersetzungen in wichtigen Emigrationsländern wie Indien oder den Philippinen. Unter Diaspora wird hier eine Gruppe von Personen in einem Zielland verstanden, die sich auf ein imaginiertes oder reales Ursprungs- bzw. Heimatland bezieht, manchmal sogar eine Rückkehroption propagiert und daher dazu tendiert, Anforderungen der Sozialintegration bzw. Assimilation im Land der gegenwärtigen Niederlassung zurückzuweisen (Brubaker 2005). Einerseits kennzeichnet Diaspora in einem weiten Sinne die Entstehung von Gemeinschaften von Bürger\*innen außerhalb des Herkunftslandes. In diesem Falle fungiert Diaspora als Inland im Ausland, als extraterritorialer Teil eines Nationalstaats. Andererseits ist Diaspora häufig in der Politik im Heimatland involviert und wird manchmal als Konkurrent oder Bedrohung für Staats- und Nationsbildung (*nation-building*) und die Festigung der politischen Macht der jeweiligen politischen

Regime gesehen. Auswanderung fungiert dabei u.a. als Sicherheitsventil für autoritäre Regime, welche die politische Opposition bekämpfen; also Abwanderung (*exit*) statt Widerspruch (*voice*) fördert. Gleichzeitig ist in solchen Fällen Abwanderung eine Voraussetzung für effektiven Widerspruch aus der Diaspora heraus (Bauböck und Faist 2010). Es handelt sich dann bei Diaspora aus der Sicht des Ziellandes um eine Art Ausland im Inland.

In Bezug auf zivilgesellschaftliche Prozesse hat der Begriff Diaspora einen besonderen Aufschwung erlebt. Organisationen in der Diaspora greifen globale Meta-Normen wie rechtlicher und politischer Gleichheit auf und verwenden diese teilweise geschickt, z.B. in Bezug auf Forderungen nach mehr Demokratie, einer stärkeren Beachtung von Menschenrechten und der Gleichberechtigung der Geschlechter in den Herkunftsländern; also insgesamt einer liberal inspirierten Mitgliedschaftspolitik. Gleichzeitig gibt es viele Fälle, in denen Diaspora nationalistische Projekte befördert, ein »long-distance nationalism« (Anderson 1998). Somit kann Diaspora in dieser Hinsicht auch als ein Spiegelbild nicht nur rechtsstaatlicher, sondern auch nationalistischer und xenophober Strömungen in den Zielländern interpretiert werden (Baser 2015). Besonders augenfällig ist im Gesamtkontext, dass das Prinzip des Wettbewerbsstaates und das des transnationalen Staats in kongenialer Weise eng miteinander verbunden sind.

#### 4 Wegweiser für die zukünftige Forschung

Abwanderung ist eine Möglichkeit, mit der Menschen sich sowohl an die Zerstörung des Habitats und damit an den Klimawandel im Anthropozän anpassen. So wie die Bedrohung durch einen Nuklearkrieg, resultiert auch Klimawandel in der Zerstörung der ökologischen Grundlagen des menschlichen Lebens. Daher hat die Untersuchung dieser Art von Zerstörung Vorrang vor allen anderen Aspekten der transnationalisierten sozialen Frage.

Bisher haben zwei Generationen wissenschaftlicher Forschung die Klimawandel-Migrations-Debatte in einem eher schmalen konzeptuellen Rahmen diskutiert. Dabei wurde noch nicht ausreichend bedacht, dass Klimawandel Teil einer umfassenderen Zerstörung der Umwelt ist (Faist und Schade 2013). Die erste Generation von Forschung zu den Konsequenzen von Klimawandel für Migration thematisierte die Vulnerabilität bestimmter Gruppen, z.B. der Armen, Frauen und Kinder. Diese Phase hat, wegen einer eher mechanistischen Auffassung von Natur, die adaptiven Fähigkeiten der Menschen in Angesicht grundlegenden ökologischen Wandels unterschätzt. Die zweite Generation der Forschung beschäftigte sich mit Resilienz, wobei ein hoher Grad davon helfen soll, sich an den Klimawandel anzupassen. Diese Richtung hat sich auf eine bestimmte Art von *agency* fokussiert: Der

Protagonist ist der/die resiliente Migrant\*in, der den Klimawandel gerade auch angesichts des Scheiterns einer Verhinderung von globaler Erwärmung erfolgreich meistert. Diese zweite Generation hat eine hauptsächlich marktliberale Version von Mobilität propagiert – mobile und fügsame Migrant\*innen, die vorausschauend und präventiv handelt. All dies impliziert eine geringere Verantwortung seitens des Staates (Mayer und Crépeau 2017).

Klimawandel bzw. Umweltzerstörung im Allgemeinen ist in vielfältiger Weise mit politisch-ökonomischen Ungleichheiten verbunden, die sich über die Welt erstrecken und die Zerstörung des menschlichen Wohnraums verursachen, antreiben und erhöhen (Sassen 2014). Die Vorläufer der Grenzen der Nachhaltigkeit sind bereits in der zunehmenden Anzahl von Menschen sichtbar, die sich dazu entscheiden, unfruchtbares Land zu verlassen oder gewaltsam dazu gezwungen werden. Es stellt sich die Frage, wie Migration im Zuge des Klimawandels tiefere Strukturen sozialer Ungleichheiten intakt lässt und Ausgrenzungsmechanismen verstärkt. Zudem ist es interessant, wie Norm-Entrepreneure zivilgesellschaftlicher Provenienz, d.h. Agent\*innen der Mobilisierung und Skandalisierung, auf das schlimme Schicksal vieler Migrant\*innen aufmerksam gemacht haben.

Mit Blick auf eine dritte und adäquatere Perspektive auf Klimawandel und Mobilität kann Migration im Kontext genereller sozialer Transformationen verortet werden. Manche Analytiker sprechen von einer »*metabolic rift*« (metabolische Kluft, Foster 1999). Dieser Begriff bezieht sich auf die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur ökologischen Krise. Karl Marx konzeptualisierte eine Spaltung in der metabolischen Interaktion zwischen Natur und Kultur, die sich aus der Form von kapitalistischer Produktion und dem zunehmenden Bruch zwischen urbanen und ruralen Regionen ableitet (1962 [1867], S. 192). Marx hielt diese Kluft als unvereinbar mit irgendeiner Form der Nachhaltigkeit. Jedoch haben wir in der Zwischenzeit gelernt, dass – obwohl Kapitalismus eine allgegenwärtige Kraft bleibt – sie »*local at all points*« ist (Latour 1993, S. 117). Konflikte über den Umgang mit Umweltzerstörung und Klimawandel haben in den letzten Jahren auch weit entfernt von spektakulären Weltversammlungen stattgefunden. Es waren weder (globale) Klima-Governance noch (lokale) Anpassung, sondern vielmehr die mehrere Ebenen umfassenden Klimakonflikte (etwa um die Nutzung von Böden), die ein wenig Bewegung in die Bewältigung der ungezügelten Karbonisierung gebracht haben. Zukünftige Forschung muss die Verbindung von Reaktionen auf den Klimawandel ermitteln, die sowohl Abwanderung als auch Widerspruch beinhalten.

Dabei sind Umweltzerstörung und damit einhergehende Katastrophen kein Zukunftsszenario, sondern beschreiben gegenwärtige Entwicklungen. Es gibt z.B. Hinweise darauf, dass ein Zusammenhang zwischen der Erder-

wärmung und einem erhöhten Risiko für zivile Gewalt in weiten Teilen Subsahara-Afrikas besteht, möglicherweise verbunden mit Schwankungen der *El Niño Southern Oscillation* (ENSO) (Burke et al. 2009; Hsiang et al. 2011).

## 5 Ausblick:

### Zur öffentlichen Rolle von Sozialwissenschaften

Die hohe politische Relevanz der transnationalisierten sozialen bzw. sozio-ökologischen Frage führt zur Aufgabe, wie Sozialwissenschaftler\*innen in öffentliche Debatten über (transnationalisierte) soziale Ungleichheiten intervenieren können. Akademische und öffentliche Debatten werfen oft die Frage auf, ob und inwiefern Forschung eine Basis für rationale politische Entscheidungen bilden kann. Während sozialwissenschaftliche Forschung in bestimmten Fällen durchaus Anleitungen für praktisches Handeln enthalten kann, ist die Ausgangsüberlegung an dieser Stelle, dass die hauptsächliche Aufgabe die der Erklärung, Deutung und damit Sinngebung von sozialem Handeln ist (Beck und Bonß 1989). Dies bedeutet, dass die eben aufgeworfene Frage letztendlich irreführend ist. Weil Sozialwissenschaftler\*innen als wissenschaftliche Expert\*innen, Advokat\*innen bestimmter politischer Positionen oder auch als öffentliche Intellektuelle dienen und somit wichtige Informationen für die Beschreibung und das Verständnis von sozialen Ungleichheiten und sozialer Sicherung liefern, ist eine der wichtigsten öffentlichen Funktionen der Sozialwissenschaften, Konzepte und Interpretationen anzubieten, die politische Debatten in der Öffentlichkeit lenken und formen können. Diese Funktion basiert auf der Grundlage empirischer Forschungen, die belegen, dass migrationsforscherliche Ergebnisse im politischen System selbst eher der Legitimation als der instrumentellen Vorbereitung von Entscheidungen dienen (Boswell 2009).

Auf diesem Hintergrund spielt die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung wie jegliche Sozialwissenschaft eine Doppelrolle (vgl. Lynd 1967 [1939]). Einerseits erfordern alle Sozialwissenschaften einen hohen Grad an wissenschaftlicher Spezialisierung, um Themen in einer methodischen Weise systematisch behandeln zu können. Andererseits ist es notwendig, dieses spezialisierte Wissen mit breiteren Themen, die das Allgemeingut betreffen, zu verbinden. Es ist daher von äußerster Wichtigkeit, dem Nexus von spezialisiertem Wissen einerseits und Fragen nach Kollektivgütern oder gar dem Allgemeinwohl andererseits viel Aufmerksamkeit zu widmen. Solch ein Ansatz trägt dazu bei, die unerlässliche Verbindung zwischen der Einsicht in das Wirkliche und der Vorstellung des Möglichen zu verstärken. Strukturen der Gesellschaft werden imaginiert und hergestellt, anstatt nur zu existieren. Kurzum, die soziale Welt ist eine erschaffene Welt. Die Aufgabe besteht nun

darin, die Dominanz der gegenwärtigen Ordnung und die zugrundeliegenden Annahmen auf eine Weise zu erklären, in der das Verstehen von Prozessen und Ergebnissen von der Bestätigung ihrer Notwendigkeit getrennt wird. Dieses Ziel ist sicherlich das erste Element jedes Bestrebens, die öffentliche Rolle der Sozialwissenschaften im Allgemeinen und der Migrationsforschung im Besonderen, um Verstehen und Erklären der transnationalisierten sozialen Frage voranzutreiben. Im aktuellen Kontext bedeutet dies, dass die Formänderung der sozialen Frage von klassendominierten politischen Konflikten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts hin zu einer komplexeren Kombination von Heterogenitäten (Collins und Bilge 2016), einschließlich der sozialen Klassen, systematisch verfolgt wird, um die jeweiligen Alternativen für potenzielle Veränderungen zu entdecken.

## Literatur

- Alvorado, Steven E., und Douglas S. Massey. 2010. In Search of Peace: Structural Adjustment, Violence, and International Migration. *Annals of the American Academy of Political and Social Sciences* 630 (1): 137–161.
- Anderson, Benedict. 1998. *The Spectre of Comparisons: Nationalism, Southeast Asia, and the World*. London: Verso.
- Balibar, Étienne, und Immanuel Wallerstein. 1991. *Race, Nation, Class. Ambiguous Identities*. London: Verso.
- Amelina, Anna, und Helma Lutz. 2019. *Gender and Migration: Transnational and Intersectional Prospects*. London: Routledge.
- Baser, Bahar. 2015. *Diasporas and Homeland Conflicts: A Comparative Perspective*. London: Routledge.
- Bassel, Leah, und Akwugo Emejulu. 2017. *Minority Women and Austerity: Survival and Resistance in France and Britain*. Bristol: Policy Press.
- Bauböck, Rainer, und Thomas Faist, Hrsg. 2010. *Diaspora and Transnationalism. Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Beck, Ulrich. 1992. *Risk Society: Towards a New Modernity*. London: SAGE.
- Beck, Ulrich, und Wolfgang Bonß, Hrsg. 1989. *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beine, Michel, Anna Boucher, Brian Burgoon, Mary Crock, Justin Gest, Michael Hiscox, Patrick McGovern, Hillel Rapoport, Joep Schaper, und Eiko Thielemann. 2016. Comparing Immigration Policies: An Overview from the IMPALA Database. *International Migration Review* 50 (4): 827–863.
- Boswell, Christina. 2009. *The Political Uses of Expert Knowledge: Immigration Policy and Social Research*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bourguignon, François, und Christian Morrisson. 2002. Inequality among World Citizens: 1820–1992. *American Economic Review* 92 (4): 727–744.
- Breman, Jan, Kevan Harris, Ching Kwan Lee, und Marcel van der Linden, Hrsg. 2019. *The Social Question in the Twenty-First Century*. Berkeley, CA: University of California Press.

- Broden, Anne, und Paul Mecheril, Hrsg. 2010. *Rassismus bildet: Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Brubaker, Rogers. 2005. The »Diaspora« Diaspora. *Ethnic and Racial Studies* 28 (1): 1–19.
- Burke, Marshall B., Edward Shanker, Shanker Satyanath, John A. Dykema, und David B. Lobell. 2009. Warming Increases the Risk of Civil War in Africa. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 106 (49): 20670–20674.
- Cabrera, Luis, Hrsg. 2011. *Global Governance, Global Government: Institutional Visions for an Evolving World System*. Albany, NY: State University of New York Press.
- Cerny, Philip G. 1997. Paradoxes of the Competition State: The Dynamics of Political Globalisation. *Government and Opposition* 32 (2): 251–274.
- Chang, Ha-Joon. 2003. *Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective*. London: Anthem Press.
- Collins, Patricia Hill, und Sirma Bilge. 2016. *Intersectionality*. London: Polity.
- Debnath, Priyanka. 2016. *Leveraging Return Migration for Development. The Role of Countries of Origin*. KNOMAD Working Paper No. 17. Washington, DC: Global Knowledge Partnership on Migration and Development.
- Eder, Klaus, Oliver Schmidtke, und Valentin Rauer. 2004. *Die Einhegung des Anderen: Türkische, polnische und russlanddeutsche Einwanderer in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Faist, Thomas. 1994. How to Define a Foreigner? The Symbolic Politics of Immigration in German Partisan Discourse, 1978–1993. *West European Politics* 17 (2): 50–71.
- Faist, Thomas. 2000. *The Volume and Dynamics of International Migration and Transnational Social Spaces*. Oxford: Clarendon Press of Oxford University Press.
- Faist, Thomas. 2010. Cultural Diversity and Social Inequalities. *Social Research* 77 (1): 257–289.
- Faist, Thomas. 2019. *The Transnationalized Social Question: Migration and the Politics of Social Inequalities in the Twenty-First Century*. Oxford: Oxford University Press.
- Faist, Thomas, Klaus Sieveking, Uwe Reim, und Stefan Sandbrink. 1999. *Ausland im Inland. Die Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Faist, Thomas, und Jeanette Schade, Hrsg. 2013. *Disentangling Migration and Climate Change: Toward an Analysis of Methodologies, Political Discourses and Human Rights*. New York: Springer.
- Faist, Thomas, Başak Bilecen, Karolina Bargłowski, und Joanna J. Sienkiewicz. 2015. *Safety Nets of Migrants across Borders: An Inquiry into Social Mechanisms of Inequality*. *Population, Space and Place* 21 (3).
- Faist, Thomas, Tobias Gehring, und Susanne U. Schultz. 2019a. *Mobilität statt Exodus: Migration und Flucht in und aus Afrika*. Universität Bielefeld: Working Paper 165/2019, COMCAD – Centre on Migration, Citizenship and Development. [http://www.uni-bielefeld.de/soz/ab6/ag\\_faist/downloads/WP\\_165.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/soz/ab6/ag_faist/downloads/WP_165.pdf)
- Faist, Thomas, Joanna J. Fröhlich, und Inka Stock. 2019b. Prozesse subjektiver Statusverordnung in transnationalen Räumen. In *Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018*, Hrsg. Nicole Burzan, 1–10. Göttingen.
- Foster, John B. 1999. Marx's Theory of Metabolic Rift: Classical Foundations for Environmental Sociology. *American Journal of Sociology* 105 (2): 366–405.

- Freeman, Gary P. 1986. Migration and the Political Economy of the Welfare State. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 485: 51–63.
- Furia, Peter. 2005. Global Citizenship, Anyone? Cosmopolitanism, Privilege and Public Opinion. *Global Society* 19 (4): 331–359.
- Gaibazzi, Paolo, Stephan Dünnewald, und Alice Bellagamba, Hrsg. 2016. *EurAfrican Borders and Migration Management. Political Cultures, Contested Spaces, and Ordinary Lives*. New York: Palgrave Macmillan.
- Gupta, Sanjeev, Catherine A. Pattillo, und Smita Wagh. 2009. Effect of Remittances on Poverty and Financial Development in Sub-Saharan Africa. *World Development* 37(1): 104–111.
- Howard-Hassmann, Rhoda E., und Margaret Walton-Roberts, Hrsg. 2015. *The Human Right to Citizenship: A Slippery Concept*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Hsiang, Solomon M., Kyle C. Meng, und Mark A. Crane. 2016. Civil Conflicts are Associated with the Global Climate. *Nature* 476: 438–441.
- Korzeniewicz, Roberto P., und Timothy P. Moran. 2009. *Uneveiling Inequality. A World-Historical Perspective*. New York: Russell Sage Foundation.
- Latour, Bruno. 1993. *We Have Never Been Modern*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Lynd, Robert S. 1967 [1939]. *Knowledge for What? The Place of Social Science in American Culture*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- McLeman, Robert, Jeanette Schade, und Thomas Faist, Hrsg. 2016. *Environmental Migration and Social Inequality*. New York: Springer.
- Marshall, T.H. 1992 [1949]. Citizenship and Social Class. In *Citizenship and Social Class*, Hrsg. T.H. Marshall und T. Bottomore, 3–15. London: Pluto Press.
- Marx, Karl (1962 [1867]). *Das Kapital*. Bd. 1 (MEW, Bd. 23). Berlin: Dietz.
- Mayer, Benoît, und François Crépeau, Hrsg. 2017. *Research Handbook on Climate Change, Migration and the Law*. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- Milanovic, Branko. 2016. *Global Inequality. A New Approach for the Age of Globalization*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Münch, Richard. 2012. *Inclusion and Exclusion in the Liberal Competition State*. New York: Routledge.
- Nakano Glen, E. 1992. From Servitude to Service: Historical Continuities in the Racial Division of Paid Reproductive Labor. *Signs. Journal of Women in Culture and Society* 18 (1): 1–43.
- Nyers, Peter, und Kim Rygiel, Hrsg. 2012. *Citizenship, Migrant Activism and the Politics of Movement*. New York: Routledge.
- Pries, Ludger. 2008. *Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Oltmer, Jochen. 2017. *Globale Migration: Geschichte und Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Sassen, Saskia. 2014. *Expulsions. Brutality and Complexity in the Global Economy*. Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press.
- Schierup, Carl-Ulrik, Ronaldo Munck, Branka Likić-Brborić, und Anders Neergaard. 2015. *Migration, Precarity, and Global Governance. Challenges and Opportunities for Labour*. Oxford: Oxford University Press.
- Stock, Inka. 2019. *Time, Migration and Forced Immobility. Sub-Saharan African Migrants in Morocco*. Bristol: Bristol University Press.



- Sylla, Almamy, und Susanne U. Schultz. 2019. Mali: Abschiebungen als postkoloniale Praxis. *Peripherie* 156 (39): 389–411.
- Tilly, Charles. 1998. *Durable Inequalities*. Berkeley, CA: University of California Press.
- Tilly, Charles. 2007. Trust Networks in Transnational Migration. *Sociological Forum* 22 (2): 3–24.
- Triadafilopoulos, Phil. 2012. *Becoming Multicultural: Immigration and the Politics of Membership in Canada and Germany*. Vancouver: University of British Columbia Press.
- Weber, Max. 2017 [1904]. *Die protestantische Ethik und der ›Geist‹ des Kapitalismus*. Stuttgart: Reclam.
- Wise, Raúl Delgado, Humberto Márquez Covarrubias, und Ruben Puentes. 2013. Reframing the Debate on Migration, Development and Human Rights. *Population, Space and Place* 19: 430–443.
- Zardo, Federica. 2017. Migration, Mobility and the Challenge of Co-ownership Exploring European Union-Tunisia Post-Revolutionary Agenda. *European Foreign Affairs Review* 22 (1): 75–89.
- Zolberg, Aristide R. 2006. *A Nation by Design. Immigration Policy in the Fashioning of America*. Cambridge, MA: Harvard University Press.